



**Erklärung von Bern**  
**Dichiarazione di Berna**  
**Déclaration de Berne**

Frau Doris Leuthard  
Bundesrat  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Frau Micheline Calmy-Rey  
Bundesrat  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Lausanne, den 17. April 2008

Kontakt: Julien Reinhard

Telefon: +41 (0)21 620 03 06

E-mail: reinhard@ladb.ch

**Schweizerisches Vorgehen im Anschluss an die Zwangslizenzen in Thailand**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard,  
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Calmy-Rey,

Die unterzeichnenden schweizerischen und thailändischen Gesundheitsorganisationen möchten Ihnen mit diesem Brief ihre ernsthafte Besorgnis über die von der Schweiz unternommenen diplomatischen Schritte nach der Erteilung von Zwangslizenzen durch die thailändische Regierung im Januar 2008 auf Medikamente von Roche und Novartis, darlegen. Wir verurteilen diesen Versuch der Schweiz, Thailand von seinem legitimen Recht, Zwangslizenzen zu erteilen, um den Gesundheitsbedürfnissen seiner Bevölkerung gerecht zu werden, abzuhalten, aufs Schärfste. Die Zwangslizenzen wurden in Übereinstimmung mit den geltenden internationalen Abkommen erteilt.

2001 hat Thailand ein System, das alle Krankheiten abdeckt, eingeführt, um so der Bevölkerung den kostenlosen Zugang zum Gesundheitswesen zu ermöglichen. In diesem Rahmen hat sich die Regierung verpflichtet, einen vollständigen Zugang zu den wesentlichen Medikamenten zu gewährleisten. Zu diesen Heilmitteln gehören Medikamente gegen Retroviren zur HIV/AIDS-Behandlung. Thailand verfügt bereits seit einigen Jahren über ein vorbildhaftes Vorsorge-, Behandlungs- und Kostenübernahmeprogramm. Dank dieses Programms gelang es Thailand, eins von der Plage am meisten betroffenen Länder (mehr als 600'000 HIV/AIDS-Träger), der Epidemie Herr zu werden und immer mehr von der Krankheit betroffene Menschen zu behandeln.

Angesichts der Auswirkungen der hohen Preise einiger wesentlicher und lebensnotwendiger, patentierter Medikamente auf sein Gesundheitsbudget hat Thailand ein Verfahren zur Überprüfung dieser Preise angestrengt, um dann Preisverhandlungen mit den Pharmalabors durchzuführen und notfalls Zwangslizenzen zu erteilen. Zwangslizenzen erlauben es, ohne die Zustimmung der Patentinhaber, die Heilmittel im Land selbst herzustellen oder billigere Generika einzuführen. Die thailändische Regierung hat

Déclaration de Berne  
52, rue de Genève  
CH-1004 Lausanne  
[www.ladb.ch](http://www.ladb.ch)  
Tél. +41 (0)21 620 03 03  
Fax +41 (0)21 620 03 00

Erklärung von Bern  
Diererstrasse 12, Postfach  
CH-8026 Zürich  
[www.evb.ch](http://www.evb.ch)  
Tel. +41 (0)44 277 70 00  
Fax +41 (0)44 277 70 01

Dichiarazione di Berna  
Casella postale 1356  
CH-6501 Bellinzona  
[www.db-si.ch](http://www.db-si.ch)  
Tel. +41 (0)44 372 29 76  
Mobile 079 592 77 46

im November 2007 und im Januar 2007 Zwangslizenzen auf zwei HIV/AIDS-Medikamente (efavirenz von Merck, Sharp & Dohme und lopanavir/ritonavir von Abbott) und ein Heilmittel für Herz/Gefässkrankheiten (clopidogrel von Sanofi-Aventis) erteilt. Dank dieser Zwangslizenzen konnten die Kosten dieser Arzneimittel massiv gesenkt, Ressourcen für das Gesundheitswesen freigesetzt und die Medikamente an Patienten, die bis dahin keinen Zugang zu ihnen hatten, verteilt werden.

Im Januar 2008 hat die thailändische Regierung vier weitere Zwangslizenzen auf Krebsmittel erteilt (letrozol und imatinib mesylat von Novartis, docetaxel von Sanofi-Aventis, erlotinib von Roche). Nach Abschluss eines Abkommens zwischen Novartis und Thailand wird die Zwanglizenz auf imatinib mesylat solange nicht umgesetzt, als die Firma ihren Verpflichtungen nachkommt. Krebs ist mit 30'000 Todesfällen eine der Haupttodesursachen in Thailand.

Es wurde uns mitgeteilt, dass die Schweiz im Februar 2008 Thailand eine „Merkliste“<sup>1</sup> übermittelt hat. Darin drückt die Schweiz ihre Besorgnis über die von Thailand erteilten Zwangslizenzen aus. Dies betrifft insbesondere die patentierten Arzneimittel von Roche und Novartis. Die Schweiz rät Thailand, seine Politik zu überdenken.

Wir sind sehr besorgt, dass die Schweiz in ihrer „Merkliste“ versucht, Thailand davon abzuhalten, das Instrument der Zwangslizenzen zu ergreifen und sich für eine sehr enge Auslegung der Bedingungen für die Erteilung solcher Lizenzen einsetzt. Wir sind z.B. darüber schockiert, dass die Schweiz die Zwangslizenzen auf „Notfälle und Ausnahmefälle“ sowie auf „bestimmte Arzneimitteltypen“ beschränken will.

Zudem preist dieses Dokument das Patentwesen als wirksames Mittel zur Förderung der Forschung und der Entwicklung an, lässt dabei jegliche Kritikfähigkeit vermissen und übersieht absichtlich die Schlussfolgerungen der WHO-Kommission über die Rechte am geistigen Eigentum, Innovation und Gesundheit über wesentliche Lücken im Patentwesen<sup>2</sup>.

Die Zwangslizenzen sind ein durch das TRIPS-Abkommen anerkannter Flexibilitätsmechanismus. Der Mechanismus wurde noch einmal in der Doha-Erklärung über das TRIPS-Abkommen und die Gesundheit bekräftigt<sup>3</sup>. Das Trips-Abkommen schränkt die Gründe, die Umstände und die Gesundheitsprobleme für die Zwangslizenzen beantragt werden können, in keiner Weise ein. Die Doha-Erklärung unterstreicht sogar, dass „jedem WTO-Mitglied das Recht zusteht, Zwangslizenzen zu erteilen und die Gründe für solche Zwangslizenzen frei zu bestimmen.“ In ihrem Bericht hat die WHO-Kommission über die Rechte am geistigen Eigentum, Innovation und Gesundheit empfohlen, dass „die Entwicklungsländer in ihrer Gesetzgebung die Verwendung von Bestimmungen über Zwangslizenzen in Übereinstimmung mit dem TRIPS-Abkommen vorsehen sollen, um so einen besseren Zugang zu billigeren Medikamenten dank einer Herstellung vor Ort oder einer Einfuhr zu erlauben.“ (Empfehlung 4.13)<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> « Compulsory licences in Thailand on pharmaceuticals under patent protection. Aide-mémoire », 25. Februar 2008.

<sup>2</sup> Bericht der Kommission über die Rechte am geistigen Eigentum, Innovation und Gesundheit. Santé publique, innovation et droits de la propriété intellectuelle. Genf, im April 2006 ; S. 22 und 85.

<sup>3</sup> Erklärung über das TRIPS-Abkommen und die Gesundheit, am 14. November 2001 in Doha angenommen (WT/MIN(01)/DEC/2).

<sup>4</sup> Bericht der Kommission über die Rechte am geistigen Eigentum, Innovation und Gesundheit. Santé publique, innovation et droits de la propriété intellectuelle. Genf, im April 2006 ; S. 145.

In ihrer Merkliste drängt die Schweiz auf eine Verhandlung Thailands mit den Patentinhabern. Doch dies ist bereits geschehen, wie es das Beispiel des Abkommens über imatinib mesylat mit Novartis aufzeigt. Wir möchten darauf hinweisen, dass Thailand gemäss Art. 31(b) des TRIPS-Abkommens auf Verhandlungen verzichten kann, da die Zwangslizenzen für den Einsatz der Medikamente für nicht gewerbliche Zwecke vorgesehen sind.

Wir verlangen von der Schweiz die Verpflichtungen, die sie mit der Annahme der Doha-Erklärung über das TRIPS-Abkommen und die Gesundheit im November 2001 eingegangen ist, einzuhalten, wie es der Bundesrat vor dem Parlament<sup>5</sup> versprochen hat. Die Schweiz sollte sich zudem an die Empfehlungen der Kommission über die Rechte am geistigen Eigentum, Innovation und Gesundheit halten. Die Schweiz sollte in der Praxis die Verwendung des Flexibilitätsmechanismus des TRIPS-Abkommens durch die Entwicklungsländer unterstützen. Insbesondere sollte die Schweiz das Recht Thailands, Zwangslizenzen zum Schutz der Gesundheit seiner Bevölkerung zu erteilen und den ganzen Spielraum des TRIPS-Abkommens auszunutzen, respektieren. Die Versuche, Thailand von der Erteilung von Zwangslizenzen abzubringen, sind sofort einzustellen.

Über eine baldige Antwort freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüssen



Julien Reinhard  
Kampagnenleiter  
Erklärung von Bern

Dieser Brief wird durch die untenstehenden Schweizer und thailändischen Organisationen unterstützt :

In der Schweiz :

aidsfocus, Schweizer Plattform „HIV/AIDS und internationale Zusammenarbeit“

Apotheker ohne Grenzen Schweiz

Bethlehem Mission Immensee

Centrale Sanitaire Suisse Romande (CSSR)

Erklärung von Bern

Kampagne für einen besseren Zugang unentbehrlichen Medikamenten – Ärzte ohne Grenzen (MSF International) in Genf  
Kampagne für "einen besseren Zugang "

MIVA Schweiz

Schweizer Krebsliga

---

<sup>5</sup> « Wie der Bundesrat bereits mehrmals erwähnt hat, legt er Wert auf die Frage des Zugangs zu Arzneimitteln in Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten. Daher ist der Bundesrat befriedigt über die Annahme der Erklärung von Doha über das TRIPS-Abkommen und die Gesundheit, da so der in diesem Abkommen vorhandene Flexibilitätsmechanismus den Entwicklungsländern zur Verfügung steht, um den Zugang zu Medikamenten zu erleichtern.“  
Antwort des Bundesrats am 14. Juni 2002 auf eine Anfrage der Nationalrätin Anne-Catherine Ménétreay-Savary (02.1022).

SolidarMed

In Thailand :

AIDS ACCESSS Foundation

Alternative Agriculture Network

Foundation for AIDS RIGHTS (FAR)

Friends of Cancer Patients

Friends of Renal failure Patients

Rural Pharmacist Foundation

Thai Network of People Living with HIV/AIDS (TNP+)